

Junge Freie Wähler

innovativ, sachlich, pragmatisch

Hinweis: Die Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen erfolgt ohne festes System. Manchmal verwenden wir beide Formen (Bürgerinnen und Bürger), manchmal geschlechtsneutrale Formulierungen (Studierende), manchmal nur die männliche Form (Fußgänger - weil dieser Begriff etabliert ist und jeder zu Fuß geht) und manchmal nur die weibliche Form (Vermieterinnen - weil viele Firmen sind und Rechtsformen (GmbH, AG...) alle weiblich sind). Mögliche Zwischenformen sind zu jeder Zeit mitgemeint. Wir setzen ein positives Menschenbild voraus, welches unabhängig einzelner Formulierungen nicht davon ausgeht, dass irgendjemand ausgegrenzt werden soll. Bei allen Texten geht es uns um die zum Ausdruck gebrachten Inhalte, versteckte Botschaften sind nicht enthalten.

Vision

Wir sehen Politik als Dienstleister ohne Ideologie - für den Bürger.

Parteienpolitik bedeutet normalerweise, sich einer Gruppe anzuschließen, die ähnliche Ansichten hat wie man selbst. So bleiben die Leute unter sich und werden nach ihrer Ideologie selektiert. Diesen Grundsatz möchten wir durchbrechen. Wir wollen keine Stammtische zum allgemeinen Geschwafel veranstalten, sondern nur konkrete Sachpolitik machen, Thema für Thema ohne Ideologie neu denken und keine abstrakten Phantomdebatten führen.

Wir sind gegen den Versuch der Spaltung der Gesellschaft durch die Bezeichnungen "links" und "rechts". Einerseits sind sich nämlich beide Extreme im Wunsch nach Anwendung von Zwang zur Durchsetzung ihrer Ideologie sehr ähnlich, andererseits sind die moderaten Felder beider Gruppen keineswegs gegensätzlich im naturwissenschaftlichen Sinne. So wie es beim angeblich "linken" Lager manche gibt, die den strengen Staatssozialismus betonen und manche, die den Friedens- und Freiheitsaspekt betonen, so gibt es beim angeblich "rechten" Lager sehr gegensätzliche autoritäre und libertäre Strömungen. Wir meinen daher, "rechts" und "links" sind zu kurz gedacht und nicht mehr zeitgemäß. Nur eine Minderheit hat überhaupt Interesse daran, dass die Politik Ideologiedebatten austrägt. Vielmehr wird immer mehr Menschen bewusst, dass Politik Geld kostet - unser Geld! Ihre Aufgabe kann es daher nur sein, Probleme der Menschen zu lösen, die dafür ihr Geld bezahlen - und nicht, sich am Bedarf vorbei mit eigenen Themen zu beschäftigen.

Wir treten daher gegen ein Übermaß an Politisierung ein - für eine Politik, die weniger politisch ist.

GRUNDWERTE

Toleranz

Wir zeigen Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Erst die Perspektivenvielfalt kann zu neuen Erkenntnissen führen und ist somit ein wertvoller Bestandteil der Gewinnung von Wahrheit.

Nach Wahrheit streben

Ideologie-getriebenen Aktivismus lehnen wir grundsätzlich ab. Unsere Partei ist ein Ort des freien Meinungs-austausches, denn nur so kann Wissen generiert werden. Nur der freie Austausch von Ideen und die offene Debatte mit Fakten und Argumenten kann die Wahrheit ans Licht bringen. Wir sind ständig auf der Suche nach der Wahrheit. Dabei hinterfragen wir altes wie auch neues, denn in einer sich wandelnden Welt kann die Wahrheit von Gestern nicht mehr die Wahrheit von Morgen sein. So ist es auch unsere Pflicht, uns selbst ständig zu hinterfragen.

Gebote vor Verboten

Die Freiheit jedes Individuums gehört es zu schützen. Jegliche unnötigen Verbote sind zu vermeiden. Wir sind gegen die Verrechtlichung des alltäglichen Lebens und die Politisierung des Privaten bzw. das Schrumpfen nicht-verwalteter Lebenszonen.

Ganzheitlichkeit und Akzeptanz verschiedener Wahrnehmungen

Politische Ansichten speisen sich zu einem Teil auch aus persönlichen Wahrnehmungen. Diese Wahrnehmungen unterscheiden sich je nach Wohnort, Beruf und Umfeld. Ein Busfahrer nimmt einen anderen Ausschnitt der Gesellschaft wahr als ein Arzt, ein Flüchtlingshelfer, ein Ladendetektiv, ein Postbote oder ein Unternehmer. Viele politische Diskussionen speisen sich aus Missverständnissen und drehen sich darum, wer recht hat, statt zu erkennen, dass alle Ausschnitte real und richtig sind. Daher begreifen wir uns nicht als Anhänger einer bestimmten Ansicht, sondern streben danach, unterschiedliche Sichtweisen zu kombinieren. Das Anerkennen der Richtigkeit der subjektiven Wirklichkeit jedes Einzelnen erübrigt es, "rechts" oder "links" zu sein. Unterschiedliche Ansichten speisen sich aus unterschiedlichen Erfahrungen - jede dieser Erfahrungen ist wertvoll. Wir brauchen daher manchmal auch Mut zu weniger Meinung, sollten weniger diskutieren und mehr zuhören, mehr differenzieren und weniger in Gruppen denken (und auch weniger in Parteien).

Freiheit

Wir stellen uns gegen eine politische Kultur, die aus bloß gestalterischem Aktivismus leichtfertig staatliche Eingriffe fordert. Wir sind gegen jede Form von linkem und rechten Kollektivismus, der die Gruppe über das Individuum stellt. Wir setzen Gleichheit nicht mit Gerechtigkeit gleich. Ungleichheit - oder besser: Vielfalt - ist auch ein Ausdruck von Freiheit. Chancengleichheit führt notwendig zu Ergebnisungleichheit. Alles staatlich regeln zu wollen, ist leicht gesagt, aber nicht weit gedacht.

Föderalismus

Wir sehen den Schwerpunkt gesellschaftlicher Entwicklung in Entdeckungsprozessen auf dezentraler Ebene und nicht in einem Zentralstaat. Wir wollen Bottom-up statt Top-down.

Lager überwinden

Wir möchten Richtiges nicht gegen Richtiges ausspielen. Für uns ist eine Forderung nicht stumpf "links" oder "rechts", sondern "vernünftig" oder "unvernünftig". Wir wollen Radverkehr ausbauen und trotzdem rücksichtslose Radfahrer härter bestrafen, wir wollen Integration statt Abschiebung und trotzdem ein konsequenteres Strafverfahrensrecht. Dabei sollten wir uns an wissenschaftlichen Erkenntnissen und "Best practices" orientieren. Auch fordern wir, dass mehr parlamentarische Entscheidungen im Konsens getroffen werden und es seltener nur um das stumpfe Erreichen einer Mehrheit geht. Das Mehrheitsprinzip ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir denken, dass Politik besser werden kann, wenn berechtigte Bedenken der Opposition gehört werden und größtmögliche Übereinstimmung gesucht wird, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse dies nicht erfordern. In diesem Zuge sollte auch über die Möglichkeit der Anonymisierung von Anträgen nachgedacht werden.

PROGRAMM

1 Wirtschaftspolitik

Wir setzen uns dafür ein, dass sich Behörden, Bürger und Unternehmen auf Augenhöhe begegnen. Wir möchten, dass mehr staatliche Dienstleistungen nicht im Rechtsrahmen des öffentlichen Rechts, sondern auf zivilrechtlicher Basis geschehen, da das öffentliche Recht als Hoheitsrecht mit Über- und Unterordnungsverhältnis aus längst vergangenen Zeiten stammt und überwiegend – mit Ausnahme einiger polizeilicher Tätigkeitsbereiche – nicht mehr einem modernen Bürgerverständnis entspricht. Staat und Politik haben den Menschen zu dienen, nicht andersherum. Eine juristische Privatisierung bedeutet dabei keineswegs eine wirtschaftliche Privatisierung – auch private Rechtsformen können 100% staatlich sein, bloß dass diese keine Eingriffsbefugnisse mehr haben oder durch Bescheid entscheiden können. Wir befürworten außerdem Bürokratieabbau, weniger staatliche Eingriffe und mehr Freiheit für kleine und mittelgroße Betriebe.

Wir lehnen es strikt ab, inhabergeführten Spätis die Öffnung am Sonntag zu verbieten, da diese oft die Haupteinnahmequelle dieser Menschen sind und deren Existenz sichern. Bestehende Vorschriften müssen schnell geändert werden und bis zur Umsetzung die Verwaltung das maximal mögliche Ermessen zugunsten der Betriebe nutzen. Wir möchten im Bezirk eine zentrale Anlaufstelle für Selbständige und dort für jeden Gründungswilligen einen einheitlichen Ansprechpartner für Anmeldung, Genehmigungen und Kfz-Plaketten (ggf. sogar automatische Zusendung ohne Erfordernis der Antragstellung). Gebühren für kleine Geschäfte, z. B. bei ungewollter Auslösung von Alarmanlagen, wollen wir weitestgehend abschaffen, da die Wirtschaft sowieso die staatliche Verwaltung trägt und andere Adressaten auch kaum herangezogen werden. Auch wollen wir die Belange des Lieferverkehrs stärker berücksichtigen. Die stärkere Reglementierung von Selbständigen durch Ausweitung von Beitragspflichten lehnen wir ab. Politik und Verwaltung sollen Dienstleister für kleine Selbständige und die arbeitende Bevölkerung sein und nicht Verhinderer durch eine ausufernde Bürokratie.

Wir bekennen uns zudem zur sozialen Marktwirtschaft und fordern, diese im Grundgesetz zu verankern. Der Staat sollte sich in der Wirtschaftspolitik darauf beschränken, Teilhabe zu ermöglichen und Innovationen nicht zu blockieren. Übertriebene Dokumentationspflichten sind abzubauen. Es sollte auch gesetzlicher Raum geschaffen werden für neue Modelle der Zusammenarbeit neben dem klassischen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Prinzip. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte von Praktikern geprägt sein, die mit Ergebnissen überzeugen und nicht durch Theoretiker, die mit Sprüchen bei Wahlen überzeugen. Überregulierung kostet zum Schluss Geld, das sinnvoller genutzt werden kann.

Wir wollen eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die den Kuchen für alle wachsen lässt und nicht Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielt. Wir stehen für die Vertragsfreiheit und glauben an das Wachstum von unten, wenn Unternehmer ihr eigenes Geld riskieren – und nicht an verordnetes Wachstum von oben, bei dem Politiker fremdes Geld riskieren. Wo Vertragsfreiheit eingeschränkt wird, fordern wir einen Ausgleich für die betroffenen Branchen (siehe Abschnitt Finanzpolitik).

Auf Bundesebene plädieren wir für einen Ausbau der Umsatzbesteuerung und einen Abbau der Körperschaftssteuer, um "Waffengleichheit" zwischen kleinen, regionalen Unternehmen und den großen "Playern" zu erreichen. Während internationale Unternehmen der Körperschaftssteuer ausweichen können (oft genannte Beispiele sind Amazon oder Starbucks), setzt jede Form einer Umsatzsteuer dort an, wo die Transaktion stattgefunden hat. Wir meinen daher, es ist gerechter, nur den Umsatz und im Falle von Unternehmensgewinnen die Ausschüttungen an die Gesellschafter oder Aktionäre zu besteuern und auf die "Zwischenbesteuerung" im Unternehmen zu verzichten, diese Steuerart also für alle gleichermaßen abzuschaffen.

Dies setzt zudem auch Anreize für Investitionen und beendet die oft unsachlich geführten Diskussionen um das Thema, dass einige Konzerne angeblich keine Steuern zahlen würden – was nur hinsichtlich einer bestimmten Steuerart in bestimmten Fällen zutreffend ist und letztlich mehr am Steuersystem selbst als an Fehlern im Wirtschaftssystem liegt. Durch eine Umstellung könnte eine Gleichbehandlung nationaler und internationaler Unternehmen erreicht werden. Die beiden anderen Steuerarten sind ausreichend, um auf der Einnahmenseite zum gleichen Ergebnis zu kommen. Es wird also nicht auf Einnahmen verzichtet.

2 Finanzpolitik

Wir sind der Meinung, dass Geld in den meisten Fällen besser bei den Menschen aufgehoben ist, die es verdient haben, als in einer riesigen, unübersichtlichen Gemeinschaftskasse, die von Menschen verwaltet wird, denen der Bezug dazu fehlt, wie das Geld verdient wurde. Milliardenräuber wie z. B. den Flughafen BER empfinden wir als Respektlosigkeit gegenüber den steuerpflichtigen Menschen. Ausgenommen sind natürlich staatliche Basisleistungen, die sich über Jahrhunderte eingespielt haben, für die bewährte Verwaltungsstrukturen vorhanden sind. Politischen Aktionismus und ständig neue, unerprobte Projekte oder gar das Streben nach Prestigeprojekten durch die Politik lehnen wir entschieden ab. Wir sehen Politik als Dienstleister, während der Innovator die Wirtschaft sein sollte, so dass das Risiko nicht bei der steuerzahlenden Bevölkerung liegt.

Grundsätzlich befürworten wir eine Senkung der Steuern, insbesondere durch Streichung von Subventionen. Ebenso sollte die Möglichkeit der Regierung, Geld für Berater und Werbekampagnen in eigener Sache auszugeben, stark eingeschränkt werden. Eine parlamentarische Mehrheit rechtfertigt keine beliebigen Ausgaben. Der Staat sollte auch kein Geld der Steuerzahlenden über Umwege an Nichtregierungsorganisationen oder private Vereine weitergeben dürfen, da hierbei unerwünschte Abhängigkeiten entstehen. Uns ist bewusst, dass Umverteilung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad notwendig ist und außerdem, dass Nichtregierungsorganisationen und gemeinnützige Organisationen einen erheblichen Teil zum Gemeinwohl beitragen und für die Gesellschaft wichtig sind. Deshalb sind wir dafür, dass Spenden bis zu einer festzulegenden Höhe nicht nur steuerlich absetzbar sind, sondern komplett von der Steuerschuld abgezogen werden können. Dadurch wird Spenden für jedermann attraktiv und es entscheiden nicht mehr Beamte in den Ministerien, wie das Geld verteilt wird, sondern die Schwarmintelligenz der Bürgerinnen und Bürger.

Innerhalb des Besteuerungssystems ziehen wir Konsumsteuern allen Arten von Einkommensteuern vor. Warum? Man schaue sich einmal an, wozu die Tabaksteuer erfunden wurde – um Menschen vom Rauchen abzuhalten. Was sollen also Steuern auf die Erträge von Arbeit bewirken? Dass die Menschen weniger arbeiten? In der Tat senkt die kalte Progression und das frühe Einsetzen hoher Steuersätze bereits bei mittleren Einkommen die Attraktivität von Arbeit. Konsumsteuern dagegen setzen gleichermaßen bei jedem an, der etwas erwirbt, egal ob aus Einkommen oder aus Vermögen. Bewahrt man dabei die Struktur der ermäßigten Konsumsteuern oder baut diese sogar noch weiter aus, hat dies auch keine nachteiligen sozialen Effekte. Ebenso sollte eine Maximalsteuerquote im Grundgesetz verankert werden, damit dieses für die Bürgerrechte höchst sensible Gebiet nicht der Willkür einer einfachen politischen Mehrheit unterliegt, die sich einfach das Geld nehmen kann, um auf Kosten der Allgemeinheit Wahlversprechen an ihre Klientel umzusetzen und so Stimmen zu kaufen.

Wir möchten außerdem eine ehrliche Steuer- und Sozialabgabenpolitik, die die Abgabenlast besser sichtbar macht. Durch die vielen verschiedenen Steuerarten weiß kaum jemand, was er überhaupt an den Staat bezahlt. Durch die fiktive Aufteilung in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge (die ja letztlich in einem identischen Wertschöpfungsprozess erwirtschaftet werden müssen) ist etwa für den Laien nicht sichtbar, wie hoch Personalkosten wirklich sind. Auch bei den sogenannten „Minijobs“ werden Pauschalabgaben fällig und dennoch hält sich hartnäckig das Gerücht, es gelte das Prinzip brutto gleich netto, obwohl Betriebe eine nicht unerhebliche Abgabenlast tragen, um das Geld als pauschal versteuert auszahlen zu dürfen. Auch sollte darüber nachgedacht werden, steuerfreie Kostenpauschalen, wie sie auch Abgeordnete nutzen, auch für Angestellte und Selbständige in der Wirtschaft zu ermöglichen. Diese Privilegien haben sich in der Praxis bewährt und die Abgeordneten sind zu recht dagegen, sie abzuschaffen. Warum dann nicht andersrum denken – und es für alle vereinfachen?

Außerdem möchten wir kritische Branchen gezielt entlasten. So hat sich die wirtschaftliche Lage beispielsweise in der Gastronomie nach Einführung des Mindestlohns, welcher die Vertragsfreiheit von staatlicher Seite einschränkt, verschlechtert. Hiervon haben neben den Arbeitnehmern vor allem die Staatskassen des Bundes und der Länder profitiert. Fast immer verdient der Staat durch Steuern an einem Geschäft mehr als der Inhaber, der es betreibt. Die niedrigen Löhne sind daher – überspitzt formuliert – eher eine Ausbeutung durch den Staat als durch den Betreiber des Geschäfts, dem oft auch viel zu wenig bleibt. Während in anderen Ländern vielfach ermäßigte Umsatzsteuertarife zur Anwendung kommen, gilt auswärts essen bei uns – trotz der enormen Verbreitung der (günstigen)

Systemgastronomie – als Luxus, obwohl dies durch alle Bevölkerungsschichten sehr weit verbreitet ist und Bestandteil des urbanen Lebensstils ist.

Wir fordern eine Reform der Finanzpolitik durch eine Inventur aller Posten des gesamtdeutschen Haushalts. Hierbei soll eine Überprüfung aller Bestandsposten Transparenz schaffen und zugleich eine Neu-Akkreditierung des Budgets ermöglichen. Die Neu-Budgetierung folgt den und priorisiert die Prinzipien des nachhaltigen Wirtschaftens. Wir setzen uns insbesondere für den Erhalt des Budgetrechts des Bundestages ein. Die Europäische Zentralbank darf ihr Mandat bei weitreichenden Entscheidungen nicht beliebig ausweiten.

3 Sozialpolitik

In der Sozialpolitik setzen wir uns für weitreichende Vereinfachungen, Transparenz und ein verbessertes Anreizsystem ein. Mittelfristig möchten wir Teile des bestehenden Sozialleistungssystems in ein verwaltungskostenparendes Basiseinkommen überführen. Die aktuelle Sozialpolitik empfinden wir zumindest in Teilen als verwirrend und intransparent, da sie oftmals eine Kombination aus Leistungsgewährungen und Vergünstigungen darstellt. Das Anknüpfen von Vergünstigungen (kostenlose Mittagessen in der Schule, Sozialtarife im öffentlichen Nahverkehr usw.) an den Status des Beziehens von Leistungen sehen wir kritisch, da dieser dabei stets offenbart werden muss und eine Stigmatisierung darstellen kann. Außerdem täuscht es die Bevölkerung über die tatsächlichen entstehenden Kosten und ist aus diesem Grund schlicht unehrlich.

Wir möchten daher zunächst ein bewusst knapp bemessenes Basiseinkommen einführen, welches ohne Bedarfsprüfung ausgezahlt wird. Alle anderen Leistungen bleiben dabei anfangs bestehen, werden jedoch ggf. um das Basiseinkommen reduziert. Das Vorhaben bleibt so bezahlbar und realistisch. Dabei hat die Bemessung so zu erfolgen, dass indirekt eine Wahlmöglichkeit entsteht, ob man weiterhin die bestehenbleibenden ergänzenden Hilfsmöglichkeiten in Anspruch nehmen möchte (mit dem Vorteil der Absicherung und dem Nachteil des Wahrnehmens von Terminen und Mitwirkungspflichten wie verpflichtenden Bewerbungen) oder mit dem Basiseinkommen und einer Nebentätigkeit, beispielsweise in Form eines Minijobs, zusammen ein vollwertiges Einkommen generiert. Eine hierfür geeignete Höhe des Basiseinkommens könnte 600 EUR betragen.

Das System orientiert sich am Gedanken des BAföG, bei welchem ebenfalls eingerechnet wird, dass Studierende z. B. in den Semesterferien Nebentätigkeiten ausführen können. Auch Leistungen nach dem BAföG würden durch das Basiseinkommen konsumiert. Hierdurch würden die Leistungen ebenfalls elternunabhängig werden und diese Thematik „mit gelöst“. Für Bezieher von Versicherungsleistungen (Arbeitslosengeld I) oder arbeitsunfähige Personen (Sozialhilfe u. a.) würde sich nichts ändern, diese Leistungen würden weiterhin aufgestockt. Für Bezieher anderer Leistungen würde sich die Flexibilität erhöhen, sich eigenverantwortlich dem staatlichen System zu entziehen, ohne dabei Einbußen in Kauf zu nehmen. Der Anreiz zur Eigenverantwortung wäre höher und eine Ausweitung der Arbeitstätigkeit ohne motivationsmindernde Abzüge möglich.

Ein Grundeinkommen würde in dieser Höhe nicht „arbeitsfrei“ machen, in Kombination mit einem Minijob aber „ämterfrei“. Es ersetzt insofern das Konzept der 1-Euro-Jobs. Es bietet so ein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt, setzt dabei aber auf Eigeninitiative, da es keinen Sachbearbeiter gibt, der dies überwacht. Das Grundeinkommen würde an alle erwachsenen, nicht-inhaftierten deutschen Staatsbürger gezahlt werden, die ihren Einkommensteuerfreibetrag nicht nutzen. Ein Grundeinkommen für Kinder und Jugendliche wäre ebenso denkbar und müsste bzgl. der Höhe separat ermittelt werden.

4 Bildungspolitik

Wir stehen grundsätzlich für eine kritisch ausgerichtete, moderne Bildungspolitik. Schule bereitet zu häufig auf die Vergangenheit vor und lehrt Spielregeln von gestern. In der Schule lernt man, nach Zeit zu arbeiten, sein Soll abzusetzen und den Vorrang von Anwesenheit vor Effektivität und Produktivität. Dies mag eine adäquate Ausbildung für Fabrikarbeiter und Beamte im 19. Jahrhundert gewesen sein, bildet aber nicht die wirtschaftliche Realität ab, in der Vertrauensarbeitszeit, Freiberuflichkeit, Zusammenschlüsse von Selbständigen und ortsunabhängiges Arbeiten zunehmen werden. Daher ist die bloße Schulpflicht in ihrer jetzigen Form kritisch zu überprüfen und sollte ggf. in eine neu zu gestaltende Bildungspflicht weiterentwickelt werden. Dabei sollten für höhere Klassen auch neue Modelle ohne oder mit flexiblerer Anwesenheit erprobt werden. Insbesondere in Großstädten sind Schulen leider oftmals auch kriminalitätsbelastete Orte und die strenge Durchsetzung der Anwesenheitspflicht eine psychische Belastung für die Betroffenen. Um den Übergang in den Beruf zu erleichtern, sollte die Schule gerade in den letzten Jahren nicht vollständig zeitlich auslastend sein, sondern Raum für Nebentätigkeiten oder Projekte lassen, um Praxiserfahrung sammeln zu können.

Durch mehr freies Arbeiten kann bei gleichbleibendem Personalstamm die Betreuungsstärke in den verbliebenen Präsenzphasen deutlich erhöht werden. Auch die Bandbreite an (Wahl-)Fächern sollte gesteigert werden und das Individuum mehr Schwerpunkte setzen dürfen. Staatliche Bildung darf die Menschen nicht zu sehr in ihrem Denken vereinheitlichen, sondern muss genügend Raum für Kreativität lassen. Das Individuum muss sich herausbilden können und darf nicht im Gemeinschaftssinn untergehen. Um den Praxisbezug zu erhöhen, sollte auch der Quereinstieg von Praktikern in den Lehrerberuf erheblich erleichtert werden. Diese haben zwar keine theoretische pädagogische Ausbildung, bringen dafür aber wertvolle externe Lebenserfahrung mit. Daher sollte der Einstieg für Menschen mit einem einschlägigen universitären Abschluss und entsprechender Berufserfahrung auch ohne erneute Ausbildungsphase möglich sein, wenn pädagogische Fähigkeiten im Praxistest nachgewiesen werden. Jeder, der selbst einmal Schülerin oder Schüler war, weiß, dass auch ein Lehramtsstudium kein Garant für Qualität ist – schon immer gab es Menschen, die ihren Job gut oder schlecht machten. Ähnlich wie Junior-Professoren sollten auch vermehrt Junior-Lehrer zum Einsatz kommen, die sich in ihrem Fachgebiet bisher „nur“ für den Bachelor entschieden haben.

Auch sollte Ausbildung stets politisch neutral erfolgen. Weitreichenden Unterricht zum Thema Politik bei gleichzeitiger Schulpflicht sehen wir daher kritisch. Denn politische Neutralität bedeutet auch, nicht zum Wählen zu drängen oder dies als „gut“ und „richtig“ darzustellen. Wir sind der Meinung, dass auch unpolitische Menschen einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft leisten und etwa 100% Wahlbeteiligung keinesfalls erstrebenswert wäre. Auch Menschen, die ehrlich zum Ergebnis kommen, dass sie sich zum aktuellen Zeitpunkt keine Meinung bilden wollen, sind zu respektieren. Interesse an Politik darf keine Voraussetzung für den Hochschulzugang sein, weshalb politische Fächer nur Wahlfächer sein sollten. Wir haben daher auch Respekt vor Nichtwählern und möchten diese keinesfalls überzeugen, dass Politik doch toll ist. So wie ein Atom auch Neutronen braucht, sind unpolitische Menschen wichtiger Bestandteil einer Gesellschaft und leisten ebenfalls ihren Beitrag zum friedlichen Miteinander. Eine vollständig politisierte Gesellschaft ist genauso wenig positiv wie eine vollständig unpolitische.

Mindestens als Wahlfach, im Grundlagenbereich aber möglichst auch als Pflichtfach, fordern wir das Schulfach „Wirtschaft“. Unabhängig des Bildungsstands verbreitet sich in der Bevölkerung zunehmend Unkenntnis über die Funktionsweise unserer bewährten Sozialen Marktwirtschaft und auch allgemein für andere wirtschaftliche Zusammenhänge. Dies bietet einen gefährlichen Nährboden für Extremismus.

Bei der Studienplatzvergabe fordern wir mehr fachspezifische Eignungstests statt Vergabe nach Abiturnoten, um individuellen Talenten besser gerecht zu werden. Dabei sollten je nach Studiengang auch praktische und handwerkliche Begabungen einfließen können.

5 Europapolitik

Die Freizügigkeit innerhalb der europäischen Gemeinschaft ist gerade für die junge Generation nicht mehr wegzudenken. Die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten hat sich als große Errungenschaft erwiesen, die Frieden und Wohlstand sichert. Europa muss zusammenarbeiten, wenn es in der Welt ernst genommen werden will. Kritik an der Bürokratie der EU und die Liebe zu Europa schließen sich jedoch gerade nicht aus. Die EU muss kritisiert werden dürfen, denn Kritik ermöglicht Entwicklung. Gerade Bewährtes muss ständig neu hinterfragt werden, damit es sich nicht vor neuen Entwicklungen verschließt. Wir sind für ein starkes Europa mit einem klaren Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip - also mehr gelebtes Europa, aber weniger Politik!

So toll es auch ist, grenzüberschreitende Freundschaften haben zu können, kein Geld wechseln zu müssen und überall die gleichen Steckdosen zu haben, neigt Bürokratie immer dazu, sich auszudehnen - so auch in Europa. Daher muss regelmäßig auch Bestehendes gestutzt werden, damit wieder Neues wachsen kann. Mit Blick auf die 28 Kommissare der EU-Kommission sind wir der Überzeugung, dass auch eine schlankere EU möglich ist, die weniger Ressourcen für ihre Bürokratie aufwendet. Auch sollten bestehende Regelungen regelmäßig hinterfragt werden, was bedeutet, dass nicht nur Verordnungen und Richtlinien erlassen, sondern zu Zeiten auch aufgehoben werden sollten. Nur so werden Kräfte für neue Projekte frei und Europa behält die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung.

Neben einer Wirtschafts- und Währungsunion muss Europa jedoch durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auch zu einer Sicherheitsunion zusammenwachsen. Hierzu sind auch behutsame Angleichungen im Strafverfahrensrecht sinnvoll, um die tatsächliche Inanspruchnahme polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit weiter auszubauen. Während der Datenaustausch bereits weitgehend professionalisiert ist, ist der normative Bestand im operativen Bereich bisher eher dürftig, so dass konkrete gemeinsame Ermittlungen selten sind. Gemeinsame Zentren der Polizeien verschiedener EU-Länder sollten dem gesamten Bundesgebiet und nicht nur den Grenzbundesländern zur Verfügung stehen. Neben einer Ausweitung der operativen Zusammenarbeit sollten auch gemeinsame Missionen wie etwa EULEX ins regelmäßige Handlungsrepertoire aufgenommen werden.

6 Freiheit des Internets und Digitalisierung

Wir setzen uns für den Erhalt des Freiraums Internet ein, in den der Staat so wenig wie möglich vordringen sollte. Der Staat und auch jeder Einzelne muss es ertragen können, dass nicht alle Aktivitäten im Internet den eigenen Interessen und Wertvorstellungen entsprechen. Abgesehen von der Verfolgung von schwerstkrimineller Tätigkeit sollte aber die Meinungsfreiheit und auch die freie Entfaltung der Persönlichkeit Vorrang vor staatlicher Lenkung haben. Das NetzDG ist wieder abzuschaffen. Wir sprechen uns ebenso klar gegen Artikel 13 der EU-Urheberrechts-Richtlinie aus. Auch Kryptowährungen sollten nicht staatlich bekämpft werden, sondern als innovatives Experiment weitreichenden Welpenschutz genießen.

Die Freiheit des Internets sollte zudem im Grundgesetz verankert werden. Dieser Freiraum mit weitreichendem Datenschutz ist ein sehr hohes Gut für die Freiheit der Menschen. Die zunehmende Verlagerung der Informationsbeschaffung ins Internet sollte mittelfristig auch mit einer deutlichen Reduktion des Rundfunkbeitrags einhergehen, da es zu großen Teilen des öffentlich-rechtlichen Programms Alternativen gibt, wodurch es diesem an der Notwendigkeit mangelt. Die Abschaffung des Zwangs bedeutet dabei keineswegs, dass das Programm dadurch wegfällt. Gerade bei Unterhaltungsprogrammen zeigen andere große Anbieter, dass ein solches Angebot auch auf freiwilliger Basis möglich ist.

Anstelle eines öffentlich-rechtlichen Programms wäre auch ein Fonds mit Bewerbungsverfahren denkbar, bei dem die Beitragszahler entscheiden, welche Medienprojekte gefördert werden und sich das Angebot so durch Schwarmintelligenz statt Marktforschung der Nachfrage anpasst.

Deutschland hinkt außerdem in der Digitalisierung weit hinter anderen Industriestaaten wie Südkorea, den USA, Schweden und Dänemark her. Nicht nur um die Attraktivität als Industriestandort nicht weiter zu verlieren, sondern auch um die Lebensqualität der Bevölkerung zu steigern, ist es uns wichtig, die Digitalisierung in Deutschland voranzutreiben.

Grundsätzlich sehen wir die Einführung eines Digitalministeriums als sinnvoll an, um die im folgenden umrissenen Themen aufzuarbeiten und funktionspolitisch umzusetzen.

Wir lehnen die Idee einer anlassfreien Vorratsdatenspeicherung entschieden ab. Die deutsche Bevölkerung darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden und soll nicht in ihrer Rede- und Meinungsfreiheit eingeschränkt werden, solange nicht die Freiheit anderer eingeschränkt wird.

Des Weiteren, fordern wir die Integration von digitalen Wertschöpfungsketten in die Steuergesetzgebung in Kollaboration mit der EU und der Gesamtgemeinschaft der tragenden Wirtschaftsmächte.

Außerdem ist es uns wichtig, die deutsche Staatsbürokratie zu digitalisieren, sowie Digitalisierung im privaten Sektor zu fördern, um durch Effizienzsteigerung die Wettbewerbsfähigkeit des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Deutschland zu verbessern.

7 Verkehrspolitik

Wir sind für eine Verkehrspolitik mit Respekt und Vernunft. Wir empfinden es als frech, wenn manche Parteien die Menschen zur Abschaffung des Autos auffordern, während im Berufsverkehr die Fahrgäste des ÖPNV bei stickiger Luft mit den Gesichtern an der Fensterscheibe kleben - und gleichzeitig bereits fleißig Parkplätze abgerissen werden. Das ist ideologiegetriebene Politik gegen die Menschen. Wir sagen daher: "Solange im Berufsverkehr der Stehplatz die Regel und nicht die Ausnahme ist, darf kein Parkplatz verschwinden." und sehen im Individualverkehr weiterhin eine Zukunft und wichtige Ergänzung im Verkehrsmix, auch wenn sicherlich noch technologische Innovationen erfolgen (müssen). Wir halten diesen Mix auch für wichtig, um Innovationen voranzutreiben. Eine staatliche Festlegung auf die Richtigkeit eines bestimmten Verkehrsmittels lehnen wir ab.

Zur Stärkung des Nahverkehrs fordern wir ein an den Hotelaufenthalt gekoppeltes Touristenticket, wodurch ebenso die Kontrollen der Verkehrsbetriebe entlastet werden. Ebenso sollte das Fahren nachts als öffentliche Leistung kostenlos sein, damit zu ungünstigen Zeiten jeder nach Hause kommt und der gesellschaftliche Schaden durch Alkoholfahrten minimiert wird. Einen pauschal "kostenlosen" Nahverkehr zu jeder Zeit lehnen wir ab, da dieser nicht "kostenlos" ist, sondern die Kosten auf alle umgewälzt werden. Langfristig sind wir dennoch für eine Vereinfachung des Systems und die Abschaffung der traditionellen Tickets mithilfe innovativer IT-Lösungen, z. B. ein monatliches Mobilitätsguthaben für jeden Einwohner, welches für Nahverkehr, "BerlKönig" oder Parkplatzgebühren verwendet werden kann.

Wir fordern außerdem eine Erhöhung des Nahverkehrsangebots auf bestehender Strecke, insbesondere 4- oder 3-Minuten-Takte anstelle von 5-Minuten-Takten auf den stark ausgelasteten U-Bahn-Linien auch außerhalb des Berufsverkehrs. Die entsprechenden Züge sind vorhanden, wie an der Zugfolge im Berufsverkehr ersichtlich. Erst eine Erhöhung der Kapazität und damit auch eine Steigerung des Komforts und der Sauberkeit kann langfristig neue Nutzerinnen anlocken. Aktuell geht es zu sehr nur um die maximale Auslastung und die Unterbringung möglichst vieler Menschen. Dieses Problem sehen wir bundespolitisch auch bei der Deutschen Bahn. Es müssen zuerst die Kapazitäten geschaffen werden, erst dann können neue Kunden gewonnen werden. Auch Mischkalkulationen zulasten der Hauptstrecken sehen wir kritisch. Die Ressourcen müssen dort zum Einsatz kommen, wo sie mehrheitlich gebraucht werden. Für abseits gelegene Gebiete müssen ggf. innovative Lösungen gefunden werden. Lösungen wie etwa fahrerlose Kleinbusse sollten auch konkret gefördert werden.

Innovative und nachhaltige Mobilitätskonzepte sind wichtig insbesondere für die Zukunft der Städte. Wir fordern Verkehrskonzepte, die auch die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen berücksichtigen. Fußgänger, Menschen in Rollstühlen und Rollatoren müssen geschützt werden. Fahrzeugnutzer, egal ob mit dem Auto, Rad oder E-Scooter, müssen besser kontrolliert werden. Neue Mobilitätsdienstleister sind willkommen. Jedoch darf dies nicht auf Kosten der Benutzbarkeit von Straßen und Gehwegen erfolgen. Jeder Dienstleister muss verpflichtet werden, seine Fahrzeugflotte so zu platzieren, dass die Begehrbarkeit der Straßen und Gehwege für jeden Verkehrsteilnehmer möglich ist.

Im Bereich des Verkehrsrechts setzen wir uns für weitreichende Lockerungen und gleichzeitig Verschärfungen ein. In der Praxis sowieso fast ausnahmslos geduldete Handlungen sollten ehrlicherweise in legale Bahnen gelenkt werden, dazu gehören z. B. das Überqueren roter Ampeln durch Fußgänger bei übersichtlicher Verkehrslage außerhalb von Kreuzungsbereichen ohne Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer (angelehnt an den "Grünpfeil" für rechtsabbiegende Autos) oder das Fahrradfahren auf dem rechtsseitigen Gehweg in Schrittgeschwindigkeit in Nebenstraßen mit Pflastersteinen bei Vorrang der Fußgänger (ähnlich wie in Grünanlagen). Dagegen sollten andere Verstöße härter geahndet werden. Verkehrsteilnehmer, die keinen Respekt vor der Gesundheit anderer Menschen haben, müssen unabhängig ihres Verkehrsmittels "aus dem Verkehr gezogen werden". Auch sollte es Fahrverbote für Radfahrer geben. Dabei geht es nicht vorrangig um das Sanktionieren, sondern auch darum, das Ansehen des Fahrrads als Verkehrsmittels dadurch zu erhöhen, dass die "Rowdys" zurückgedrängt werden, die dem Ruf der anderen Fahrradfahrenden schaden. Wir fordern außerdem den Ausbau der Fahrrad-Polizei auf alle Dienstgruppen der 37 Polizeiabschnitte.

Sicherheit für Unbeteiligte muss oberste Priorität haben. Es darf daher nicht nur bei mündlichen Verwarnungen bleiben, sondern Verstöße müssen geahndet und registriert werden. Hierbei bedarf es bei einigen Verstößen einer drastischen Anhebung der Regelsätze. So kann es nicht sein, dass das regelwidrige Befahren der Busspur an einem Stau vorbei, welches auch eine enorme Respektlosigkeit gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern darstellt, kaum härter geahndet wird als eine vergessene Parkscheibe - und zudem seltener kontrolliert wird. Führerscheine müssen schneller entzogen werden können, bei Wiederholungstätern und rücksichtslosen "PS-Protzern" auch dauerhaft. Leben und Gesundheit müssen klar Vorrang haben.

Die Konflikte zwischen Auto und Rad möchten wir aus einem Guss lösen. Autofahrer, die Busspuren nutzen oder auf Rad- oder Gehwegen parken, müssen konsequenter von diesem Verhalten abgebracht werden. Hierbei ist wichtig, dass nicht nur Verwarn- oder Bußgelder, sondern auch Fahrverbote und Nachschulungen zur Anwendung kommen. Andererseits gilt es auch, Fußgänger vor dem höher werdenden Fahrradaufkommen zu schützen. Dies kann entweder dadurch geschehen, dass die Rolle des Fahrradfahrens formal aufgewertet wird (durch eine eigene Führerscheinklasse oder eine Kennzeichnungspflicht) oder die besonders rücksichtslosen Verstöße (Nutzung belebter Gehwege, Fahren entgegen der Fahrtrichtung) ebenfalls zu (Rad-)Fahrverboten führen können. Dabei geht es auch darum, das Bewusstsein zu stärken, dass ein Zickzack-fahrendes Rad auf dem Gehweg eben auch bedrohlich für Kinder und Senioren sein kann und auch dieses Verhalten Folgen haben muss.

8 Umweltpolitik

Eine CO₂-Steuer als Konsumsteuer (siehe Steuerpolitik) befürworten wir, sofern die bestehende Mineralölsteuer eingerechnet wird und die Mehreinnahmen vollständig zur Senkung anderer Steuern verwendet werden. Zur Verringerung von Umweltbelastungen präferieren wir eine moderate Besteuerung tierischer Erzeugnisse, da hiermit gleichzeitig positive Effekte für den Tierschutz erzielt werden. Diesen Schwerpunkt ziehen wir einer Einschränkung der Mobilität deutlich vor, da der häufige Konsum von Fleisch durchaus ein Luxus ist, Mobilität aber in den meisten Fällen nicht. Die Begrenzung von Mobilität hat erhebliche soziale und wirtschaftliche Nachteile. Zudem wird verkannt, dass Pkw ab zwei Personen sehr wohl effizient sind - Massenverkehrsmittel sind vom Ressourcenverbrauch keineswegs immer vorteilhafter. Gerade zu den Randzeiten sind öffentliche Verkehrsmittel oft kaum ausgelastet. Außerdem begünstigt ein Rückgang privater Mobilität eine weitere Ballung in den Städten.

Die gesetzlichen Standards in der Massentierhaltung müssen erhöht werden. Aufgrund der Schutzbedürftigkeit der Tiere muss hier ausnahmsweise deutlich stärker in unternehmerische Freiheiten eingegriffen werden. Verstöße gegen den Tierschutz müssen zu nennenswerten Strafen führen, um Tiere effektiv und rechtsstaatlich vor vermeidbarem Leid zu bewahren. Die Kennzeichnungspflichten müssen ausgeweitet werden, auch verpflichtende Verbraucherinformationen wie etwa auf Zigarettenverpackungen sollten geprüft werden. Höhere Preise durch höhere Tierschutzstandards können teilweise durch steuerliche Erleichterungen abgemildert werden.

Ein Schwerpunkt der Umweltpolitik sollte neben dem Tierschutz in der Entwicklungszusammenarbeit liegen. Weltweite Umweltprobleme werden nicht gelöst, indem in Deutschland staatliches Handeln ausgeweitet und immer weitere Steuern erhoben werden, während hierzulande der Wertstoffkreislauf fast geschlossen ist. Daher muss Umweltpolitik global und mit scharfem naturwissenschaftlichen Sachverstand erfolgen. Viele Umweltsünden passieren außerhalb Europas - wenn auch teilweise dennoch durch europäische Unternehmen. Durch die gezielte Unterstützung relevanter Projekte und die Kopplung sonstiger Förderungen an Zielvorgaben kann daher oftmals viel mehr erreicht werden, als mit inländischen Maßnahmen, die mit erheblichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger einhergehen. Das Geld, das in Deutschland bereits für diese Ziele aufgewendet wurde, wäre an anderer Stelle sinnvoller investiert gewesen, wenn man sich die geringen Wirkungen anschaut.

9 Innen- und Sicherheitspolitik

Wir stehen für eine moderne Verwaltung auch in der Kriminalitätsbekämpfung. Dabei wollen wir Verbesserungen vor allem durch Verfahrensoptimierungen erreichen und weniger durch Ausweitung von Strafgesetzen. Wir möchten bei erwiesener Täterschaft die Einstellung ohne Auflagen abschaffen, da sonst Straftaten häufiger weniger intensive Folgen haben als einfache Ordnungswidrigkeiten, was insbesondere hinsichtlich der Verfahrenskosten unverhältnismäßig ist. Auch muss die Verfahrensdauer verkürzt und sämtliche Verfahren durch personenbezogene Sachbearbeiter beschleunigt werden, damit es weniger Wiederholungstaten gibt. Wir fordern außerdem Quereinstiegsmöglichkeiten vom gehobenen Polizeidienst in den gehobenen Justizdienst, insbesondere in die Anwaltschaften, um mehr Wissenstransfer zu fördern. Zumindest in der Strafgerichtsbarkeit sollte das juristische System durchlässiger sein, da diese in der allgemeinen Wahrnehmung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung genießt. Auch eine Berufung ins Richteramt sollte hier für Praktiker z. B. aus der Polizei mit mindestens einem nicht-konsekutiven juristischen Master-Abschluss möglich sein, um die Bürgernähe zu erhöhen.

Wir fordern den Ausbau der gerichtsnahen Mediation und anderer Formen konsensorientierter Konfliktbeilegung, insbesondere im Zivilverfahren, denn Gericht heißt oft "alles oder nichts" - den Antrag durchsetzen oder verlieren. Die Wahrscheinlichkeit, vor Gericht Verlierer zu werden, selbst wenn man gut vorträgt, wird oft unterschätzt. Das Prinzip, einen Dritten (den Richter) entscheiden zu lassen, funktioniert oft nicht, da nur die Beteiligten selbst die "Experten ihres Konflikts" sind. Der Richter "lebt" nicht in der Situation, wodurch es trotz juristischer Kompetenz in zahlreichen Fällen zu Fehldeutungen des zugrunde liegenden Sachverhalts kommt. Fachleute gehen davon aus, dass zirka 25 Prozent aller Urteile falsch seien. Es besteht wissenschaftlich überwiegend Einigkeit, dass konsensorientierte Verfahren eine höhere Akzeptanz erzielen als auf Delegation ausgerichtete Verfahrensarten.

Wir möchten außerdem das Ordnungsamt nach hessischem Vorbild zu einer Bezirkspolizei weiterentwickeln. In diesem Rahmen sollen auch die Bußgelder für Umweltordnungswidrigkeiten drastisch angehoben werden, um der Vermüllung der Stadt entgegenzuwirken und die Umwelt besser zu schützen. Als Vorbild dienen Augsburg, Mannheim und Stuttgart. Insbesondere der Verschmutzung von Grünanlagen durch schwer entfernbaren Müll wie Kronkorken oder Zigarettenkippen wollen wir entschieden entgegentreten. Solche leider alltäglichen Ordnungswidrigkeiten, die in ihrer Summe die Lebensqualität in der Stadt deutlich mindern, wollen wir mit einer klaren Law-and-Order-Politik zurückdrängen. Bußgeldbescheide sollten zusätzlich zu den juristischen Erläuterungen im Standardtext auch um allgemeine gesellschaftliche Ermahnungen ergänzt werden können, etwa dass ein Verhalten der Gesellschaft Schaden zufügt und nicht hinnehmbar ist.

Den Umgang mit Diplomaten, welche straffrei Ordnungswidrigkeiten begehen können, empfinden wir als nicht mehr zeitgemäß. Da eine Änderung juristisch nicht auf Ebene der einfachen Gesetzgebung bewirkt werden kann, fordern wir ein System der freiwilligen Begleichung von Bußgeldern, welches bei Nichtteilnahme zu diplomatischen Sanktionen führt (die USA z. B. kürzen die Entwicklungshilfe). Auch der Abschottung der Politik durch den geplanten Bau eines Grabens vor dem Bundestag sehen wir kritisch. Überzogener Sicherheitswahn ist keine Lösung. Auch die strenge Flüssigkeitenkontrolle im Luftverkehr wollen wir kritisch hinterfragen. Wir brauchen gezielte Sicherheitsmaßnahmen, aber nur dort, wo sie wirklich etwas bewirken. Sicherheit muss auch verhältnismäßig sein.

Bei konkreten Gefahren treten wir dagegen für mehr Sicherheit ein, insbesondere wollen wir eine Verschärfung des Strafverfahrensrechts. Ein schärferes Strafverfahrensrecht bedeutet dabei aber nicht ein schärferes Strafrecht. Die Strafrahmen des Strafrechts erachten wir zum Großteil als angemessen. Jedoch muss der Schutz der Bevölkerung vor Wiederholungstätern verstärkt werden. Wer noch während des polizeilichen Ermittlungsverfahrens fast täglich durch gleichartige Straftaten auffällt, muss auch bei "kleineren" Vergehen wie gewerbsmäßigem Ladendiebstahl oder einfachen Körperverletzungsdelikten schneller in Untersuchungshaft genommen werden dürfen. Die Ermittlungszeit darf nicht dazu missbraucht werden, Straftaten zu begehen - insbesondere auch, da dies in erheblichem Umfang polizeiliche Ressourcen bindet, wenn ständig weitere Einsätze und Ermittlungsverfahren hinzukommen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Ausweitung des Anwendungsgebietes beschleunigter Verfahren denkbar.

Wir fordern Null-Toleranz-Politik insbesondere bei Clan- und Drogenkriminalität. Dazu muss auch eine Videoüberwachung von stark kriminellen Orten, wie dem Görlitzer Park oder Kottbusser Tor, in Erwägung gezogen werden. Hierzu bedarf es auch einer verstärkten Präsenz der Polizei, wofür mindestens eine weitere Bereitschaftspolizeiabteilung eingerichtet werden sollte. Im Gegenzug sollte die Betreuung von Süchtigen ausgeweitet und Präventionsprogramme um Kinder und Jugendliche intensiviert werden, um diese vor kriminellen Strukturen zu schützen oder daraus zu befreien.

10 Generationen-, Geschlechter- und Teilhabepolitik

Politik sollte die Gesellschaft widerspiegeln, um eine Entfremdung zu verhindern. Dies ist aktuell nicht immer der Fall. Derzeit befinden sich z. B. im Bundestag viel mehr Beamte und Menschen der älteren Generationen als dies in der Bevölkerung der Fall ist. Das Thema wird häufig nur auf den Frauenanteil reduziert, obwohl es in diesem Bereich in den letzten Jahrzehnten bereits zu starken Angleichungseffekten gekommen ist. Insgesamt ist eine angemessene Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen wünschenswert, was jedoch niemals mit der Goldwaage möglich ist, da sich viele Gruppen auch überschneiden oder sich nur unklar abgrenzen lassen. Daher sind wir gegen Quoten, aber für den maximal möglichen Abbau von Hürden, die maßgeblich dafür sind, dass Gruppen unterrepräsentiert sind. Insbesondere sollte auch in den öffentlichen Fokus, wie Beschäftigte der Wirtschaft ohne Mehrbelastung für die Arbeitgeber ähnlich gut für politische Aktivitäten freigestellt werden könnten wie Beamte oder wie die Durchlässigkeit für jüngere Menschen erhöht werden kann, die noch nicht mehrere Jahrzehnte Zeit hatten, sich entsprechende Netzwerke aufzubauen.

Im Bereich der Wirtschaft treten wir dagegen für mehr Freiräume ein. Ein Betrieb muss nicht zwingend die Gesellschaft widerspiegeln. Genau das macht das Private im Unterschied zum Öffentlichen aus. Gründe ich ein Unternehmen, kann ich mir aussuchen, mit wem ich zusammenarbeite. Das ist der elementare Unterschied zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor. Wer öffentliche Ämter bekleiden darf, muss transparent sein - wer vom Kioskbetreiber um die Ecke eingestellt wird, nicht. Wem das nicht passt, der eröffnet seinen eigenen Kiosk. Den Versuch, berechnete Gesetzmäßigkeiten der Politik in private Sphären zu übertragen, lehnen wir ab. Beides funktioniert nach unterschiedlichen Spielregelsystemen, von denen keines für sich richtig oder falsch ist, doch aber passend oder unpassend.

Männer und Frauen sind aus biologischer Sicht im Durchschnitt verschieden. Diese Aussage steht in keinem Widerspruch dazu, dass Betrachtungspunkt immer das Individuum sein sollte. Durchschnitte sagen nichts über den Einzelnen aus. Daher sollte das Geschlecht im geschäftlichen und politischen Raum keine Rolle spielen. Dazu gehört Toleranz gegenüber denjenigen, die sich einer "Schublade" zuordnen wollen und klassischen Rollenbildern folgen als auch Toleranz gegenüber denjenigen, die andere, neuartige Wege ausprobieren. Das Prinzip der Freiheit bedeutet immer leben und leben lassen. Wir setzen daher nicht auf politische Steuerung, sondern auf Schwarmintelligenz. Der Staat hat dabei nur das friedliche Zusammenleben zu garantieren, sollte sich jedoch ideologisch zurückhalten.

Wir sind für Chancengleichheit, aber dagegen, Ergebnisgleichheit zu erzwingen. Ungleiche Ergebnisse sind zwingende Konsequenz der Freiheit. Der sich daraus ergebenden Verschiedenheit ist mit Toleranz zu begegnen. Dabei sollte Toleranz noch viel weiter gedacht werden und sich nicht nur - wie hoffentlich schon selbstverständlich - auf die sexuelle Orientierung, die Herkunft, Religion oder die politische Ausrichtung beschränken, sondern auch für die Sichtweisen von Mietern und Vermieterinnen, Arbeitnehmern und Unternehmerinnen oder verschiedenen Verkehrsteilnehmern gelten, da eine Gesellschaft auf alle Rollen angewiesen ist. Wir möchten daher Harmonie in der Gesellschaft vorrangig durch Freiheit, Individualität und Toleranz herstellen und weniger durch staatlich verordnete Gleichheit. Jeder muss dabei sich und seine Rolle selbst definieren dürfen.

Jedes Individuum verdient Respekt von der Gesellschaft. Sobald dies wirklich gelebt wird, erübrigt sich Symbolpolitik oft von ganz alleine. Wir befürworten es dennoch, an prägnanten Stellen behutsam geschlechtergerechte Sprache einzusetzen, z. B. "Studierende" statt "Studenten", da dies praktikabel ist, kompliziertere Anreden wie "Studentinnen und Studenten" erübrigt und alle Menschen einbezieht. Dies hat jedoch Grenzen. Während "Studenten" aus historischen Gründen oftmals wirklich männlich assoziiert werden, ist dies beim Gruppenbegriff "Fußgänger" z. B. kaum der Fall, da dies seit jeher alle Menschen tun. Wir sind daher dagegen, in Gesetzestexten aus rein ideologischen Gründen Sprachkonstrukte wie "zu Fuß Gehende" zu erfinden, da dies den Sprachfluss stört, die Sprache künstlich verfälscht und diese Eingriffe von der Mehrheit der Menschen als störend, aggressiv und belästigend wahrgenommen werden, insbesondere wenn neue Schreibweisen verbissen mit Zwang durchgesetzt werden sollen.

Auch Sternchen und Querstriche mögen sich für bestimmte Verbände als Ansprache eignen, die mit einer Vielzahl an Mitgliedern kommunizieren, weniger jedoch für kleine Abteilungen mit nur einer Handvoll Menschen, die sich alle gut kennen. Wir respektieren daher, wo dies freiwillig geschieht, nicht jedoch, wenn Druck oder Zwang ausgeübt werden soll, um die eigenen Wertvorstellungen auf alle zu übertragen. Insbesondere sind wir gegen Veränderungen mit der Brechstange. Auch politische Nebenkriegsschauplätze, ob Fahrradpiktogramme mit oder ohne Stange abgebildet werden sollten, lehnen wir ab, da diese Politik der Bevölkerung keinen Nutzen bringt. Wir glauben, dass Chancengleichheit durch das Nachwachsen neuer Generationen auch ohne Symbolpolitik Einzug in die Gesellschaft hält.

Quoten betrachten wir grundsätzlich als schwierig, da sie Probleme oft stark verkürzen. Gibt es beispielsweise eine Frauenquote, kann man sich fragen, warum es keine Altersquote gibt. Ebenso, warum sich diese Quote anhand des Bevölkerungsanteils bemisst und nicht etwa anhand des tatsächlich vorhandenen Interesses oder der konkreten Betroffenheit? Daher denken wir, in einem fairen Verfahren jeden zu berücksichtigen, der berücksichtigt werden will, ist das beste System - Chancengleichheit statt Ergebnisgleichheit. Auch geloste Bürgerräte zu bestimmten Sachfragen können ein Mittel sein, um eine faire Partizipation aller zu gewährleisten.

Auch möchten wir dabei im Fokus behalten, dass das endgültige Ziel immer sein sollte, dass Geschlecht, Abstammung, Aussehen, Religion oder sexuelle Identität im gesellschaftlichen Kontext eben KEINE Rolle spielen. Förderprogramme können dies temporär erreichen, markieren gleichzeitig aber durch das Herausstellen des jeweiligen Merkmals das genaue Gegenteil. Langfristig müssen daher auch diese Maßnahmen wieder behutsam abgebaut werden, denn Verletzungen der Vergangenheit müssen verheilen, damit das Problem für nachfolgende Generationen den Charakter eines Problems verliert. Vererbt man zu viele gesetzliche Regelungen, bleibt das grundsätzliche Problem im Denken bestehen - sie sollten daher immer zeitlich begrenzt werden.

11 Migrationspolitik

Willkommenskultur und Grenzsicherung schließen sich nicht aus. Unkontrollierte Migration zu begrenzen, heißt nicht, Migration generell abzulehnen, Menschen mit Vorurteilen zu begegnen oder die bereits stattfindende Integration hier lebender Menschen aus anderen Kulturkreisen nicht vollenden zu wollen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss sich diesen Herausforderungen stellen. Wichtig dabei ist, Positiv- und Negativbeispiele nicht miteinander zu vermischen. Die Verfolgung von Straftaten ist eine staatliche Kernaufgabe unabhängig der Herkunft. Ist zusätzlich zur Strafe eine Ausweisung möglich, sollte dieses Instrument natürlich auch genutzt werden, insbesondere bei Berufskriminellen im Bereich der Clan- und Drogenkriminalität.

Dabei ist es jedoch wichtig, bestimmte Gruppen nicht unter Generalverdacht zu stellen. Offenheit und Konsequenz zusammen machen uns stark! Außerdem muss mehr differenziert, weniger pauschaliert werden. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und freiwillige Migration sind verschiedene Phänomene. Die temporäre und menschenwürdige Aufnahme von Kriegsflüchtlingen sollte nicht infrage gestellt werden. Migration muss auch möglich sein, jedoch unter völlig anderen Bedingungen. Hierzu bedarf es eines Einwanderungsgesetzes, das klare Regeln aufstellt, die neben sozialen Aspekten auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes berücksichtigt.

12 Arbeitspolitik

Das Arbeitsschutzrecht ist teilweise altmodisch und nicht an die aktuellen Bedürfnisse angepasst. Gerade in nicht-körperlichen Berufen, in denen hohe Nachfrage herrscht, der Arbeitgeber also oftmals gar nicht zwingend in der stärkeren Position ist, ist es oftmals auch unnötig. Bundesgesetzliche Pausenregelungen, die den Arbeitnehmer trotz Freizeitpräferenz zum Absitzen einer unbezahlten Pause zwingen, sind Relikte einer früheren Arbeitsgesellschaft. Insgesamt bedarf ein flexibleres Leben mit mehr Kopfberufen, mehr Home Office, Gleit- und Teilzeit sowie partiell sogar ortsunabhängigem Arbeiten auch mehr flexiblere Gesetze, weniger Bürokratie und weniger Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten. Es muss innerhalb des geltenden Gesetzesrahmens auch die Entstehung neuer Formen der Zusammenarbeit möglich sein. Wir sehen, dass die 40-Stunden-Woche in einem Ein-Beruf-Leben auf die nächsten Jahrzehnte gesehen nicht mehr der Standard der Mehrheit sein wird.